

Ausschüsse

- In einem Entschließungsantrag (11/4150), den sie zu ihrer Großen Anfrage zu *Menschenrechtsverletzungen an Frauen* (11/1801) und der Antwort der BR (11/3250 neu und 11/3623) einbrachten, forderten 64 weibliche Abgeordnete die BR auf, ihre außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitischen Beziehungen für die Verwirklichung der Menschenrechte von Frauen einzusetzen. Im Asylverfahrensgesetz solle eine Klarstellung aufgenommen werden, wonach Frauen auch wegen Verfolgung aufgrund ihres Geschlechts Asyl genießen können. Der Innenausschuß empfahl diesen Antrag zu unterstützen.
- In Entschließungsanträgen der GRÜNEN und der SPD (11/4144 bzw. 11/4131) wenden sich die beiden Fraktionen gegen *Menschenhandel mit Frauen und Prostitutionstourismus*. Die GRÜNEN verlangen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für mit Deutschen verheiratete Frauen. Prostitution soll als Ausweisungsgrund gestrichen werden. Diese beiden Anträge wurden vom Innenausschuß abgelehnt.
- Abgelehnt hat der mitberatende Wirtschaftsausschuß einen Gesetzentwurf der GRÜNEN für ein *Antidiskriminierungsgesetz* (11/3266) sowie einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion für ein *Gleichstellungsgesetz* (11/3728) und einen Antrag der SPD zur Frauenarbeitslosigkeit (11/1087). Vom federführenden Ausschuß für Jugend etc. wurde beschlossen, zum Gleichstellungsantrag der SPD eine öffentliche Sachverständigenanhörung durchzuführen.
- Der Innenausschuß hatte sich mit einer Vorlage des Europäischen Parlaments (11/3089, siehe auch Hinweis STREIT 4/88) zu befassen, in der unter anderem gefordert wird, *Diskriminierung von schwangeren Frauen* zu vermeiden und in der der geringe Verdienst von Frauen kritisiert wird. Vom Ausschuß wird empfohlen, die Entschließung zur Kenntnis zu nehmen. Dabei machte die CDU/CSU Fraktion deutlich, daß sie sich gegen jede Quotenregelung wendet.

Sonstiges

- Auf eine Anfrage der SPD teilte die Bundesregierung unter anderem mit, daß rund 26.000 Beschäftigte im Bereich der Länder und Kommunen *sozialversicherungsfrei* arbeiten, in der Bundesverwaltung sind es weitere 5.335, davon 90 Prozent Frauen. Bei der Post, im Bundespräsidialamt, im Bundesgrenzschutz und im BuMi für Arbeit und Sozialordnung gibt es daneben auch Abrufrkräfte (11/4129).
- Der Arbeitskreis der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung empfiehlt eine Quotenregelung nicht, aber zu prüfen, ob ein gesondertes *Stipendienprogramm* für Frauen eingeführt werden sollte.

Hinweise

Aus der Rechtsprechung

Beschluß des BGH

BGH III ZR 37/88 v. 16.3.89 (bisher nicht veröffentlicht)

Zur Sittenwidrigkeit gesamtschuldnerischer Kreditverpflichtung § 138 BGB 114 ZPO

Der zugrundeliegende – in STREIT 88,39 veröffentlichte – Beschluß des OLG Stuttgart, der die Sittenwidrigkeit bejahte, wurde bedauerlicherweise aufgehoben, mit dem Argument, die Vertragsfreiheit erlaube auch, sich lebenslang zu verschulden.

Buchhinweise:

Paula Bradish, Erika Feyerabend, Ute Winkler (Hg., im Auftrag der Vorbereitungsgruppe: Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien) Beiträge zum 2. Bundesweiten Kongreß, Frankfurt 28.-30. 10. 1988, Verlag Frauenoffensive, München 1988

Feministisches Ökonomieforum, Berlin 1989: Tagungsreader.

Zu beziehen für DM 20,- bei Goldrausch Frauennetzwerk, Potsdamer Str. 139, 1000 Berlin 30.

Die GRÜNEN Rheinland-Pfalz (Hg.): Der Prozeß-§ 218 in Aktion, Ein parteilicher Bericht Enthält diverse Berichte und grundsätzlichere Beiträge zur derzeitigen Situation in der BRD. Für DM 5,- zu beziehen bei der Geschäftsstelle der Hrsg.: Kaiserstraße 29a, 6500 Mainz

Dokumentation des 10. Bundesdrogenkongresses: Frauen und Abhängigkeit „Wenn Frauen aus der Falle rollen“, Hrsg. vom Fachverband Drogen und Rauschmittel, Brüderstraße 4 B, 3000 Hannover 1

Dokumentation zur bundesweiten interdisziplinären Frauenfachtagung: Sexueller Mißbrauch von Mädchen und Frauen, Köln, November 1987

Bezug (kostenlos): Verein zur Weiterbildung für Frauen, Venloerstr. 405-407, 5000 Köln 30, oder: Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 5300 Bonn 2, Kennedyallee 105-107.

Erna Proskauer: Wege und Umwege – Erinnerungen einer Rechtsanwältin. Verlag Dirk Nishen Berlin 1989

Brigitte Schultz, Christina Weber, Christiana Klose, Pia Schmid: Frauen im pädagogischen Diskurs – Eine interdisziplinäre Bibliographie 1984 - 1988.

Das übersichtlich gegliederte und außerordentlich preiswerte Buch enthält ca. 4000 Titelnachweise zu den Themen: Feministische Diskurse; Historisch-pädagogische Frauenforschung; *Frauenrechte – Frauen- und Familienpolitik*; Geschlechtsspezifische Sozialisation; Schulforschung, Mädchenarbeit; Bildung für Erwachsene, Sozialpädagogik – Sozialarbeit; Frauen in aller Welt; Bibliografien der Nachschlagewerke.

Der zweite Teil umfaßt folgende Register: Verfasserinnen, Schlagworte, Personen, Länder und Anschriften.

Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt 1989

Aus anderen Zeitschriften

Blume, Eckehart / Beer, Georg: Männliche Denkstrukturen und Naturzerstörung, Betrifft JUSTIZ 89, 38 f

Berghöfer-Weichner, Mathilde: Frauen in der Justiz, Politische Studien 1/89, 28 f

Betriebsvereinbarung: „Familie – Beruf – Teilzeitarbeit“ der Behringwerke AG v. 13. 4. 1987, NZA 89, 210

Campani, Maria Grazia u. Lia Cigarini: Mailand: Grundsätze eines neuen Rechts, in: taz vom 6.4.89

Der 18. 12. 1978 und seine Folgen – aus feministischer Sicht. Ein Beitrag zur staatlichen Repression aus der Frauenperspektive, in Nicht-zu-fassen, Nr. 1, S. 7 (Zeitg. aus dem Prozeßbüro zu Ingrid Strobl, Maastrichter Str. 49, 5000 Köln 1)

Fachgruppe Frauen der Neuen Richtervereinigung: Stellungnahme zum „Richterbild des Richterbundes“, Betrifft JUSTIZ 88, 339

Frauendiskussion im Deutschen Richterbund – Der weite Weg zur Chancengleichheit, DrIZ 89, 155

Goy, Alexandra: Buchbesprechung zu Marietta Abel, „Vergewaltigung – Stereotypen in der Rechtsprechung und empirische Befunde“, in: Strafverteidiger 3/89, S. 133/134

Heepe, Kathrin: Zur Geschichte des Frauenwahlrechts, Jura 89, 232

Hampel, Herbert: Aktuelle Fragen zur Bemessung des nahehelichen Unterhalts – zur Problematik der jüngsten BGH-Rechtspr., FamRZ 89, 113 ff

Jerouschek, Günter: Vom Wert und Unwert der pränatalen Menschenwürde, JZ 89, 279 ff

Ramelsberger, Anna-Maria: Zur Problematik von Entscheidungen gem. Art. 6 Ziff. 1 UÄndG – Die Anwendbarkeit des § 769 ZPO im Rahmen von Unterhaltsänderungsverfahren nach Art. 6 Ziff. 1 UÄndG, D RiZ 89, 134 ff

Sandrozinski, Renate: Beratungsgesetz zum § 218, Demokratie und Recht 89, 3 ff

Stamm, Barbara: Bericht über die Arbeit der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Bayerischen Staatsminist. f. Arb. u. Sozialordn., Politische Studien 1/89, 37 ff

Stanicki, Henning: Die Frauenfrage in der Justiz – eine Chance zur Demokratisierung (Zur Beförderungspraxis), Betrifft JUSTIZ 88, 286 ff

Hochschulassistentin

Im Fachbereich Rechtswissenschaft 2 der Universität Hamburg wird zum 1.4.1990 im öffentlichen Recht eine Hochschulassistentenstelle zu besetzen sein. Voraussetzung ist eine Promotion oder vergleichbare wissenschaftliche Leistung. Bewerbungsschluß ist der 30.9.1989.

Auskunft bei der Fachbereichsverwaltung.
Tel. 040-41 23 47 83

Internationaler Frauenkongreß Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht

200 Jahre Aufklärung – 200 Jahre
Französische Revolution

5. bis 8. Oktober an der Universität Frankfurt

(siehe auch die ausführliche Vorschau in STREIT 1/89, 39)

Es finden Arbeitsgruppen mit Vorträgen und Kommentaren zu folgenden Themenschwerpunkten statt:

- Frauen in der Französischen Revolution
- Emanzipationskonzepte
- Rechtsstellung der Frau
- Geschlechterideologie / Natur der Frau
- Politik des Privaten
- Menschenrechte und Reproduktionstechnologien
- Menschenrechte – Frauenrechte
- Eine Podiumsdiskussion zum Thema: Gleichheit oder Differenz

Anmeldung bis spätestens zum 10. September 1989 bei Prof. Ute Gerhard, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Universität Frankfurt, Robert-Mayer-Str. 6, 6000 Frankfurt 11.

Der Anmeldung ist ein Überweisungsbeleg von Studentinnen/Erwerbslosen 10,00 DM, sonst 30,00 DM beizufügen (Sonderkonto Andrea Maihofer: Postgirokonto 378851-609, Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60).

Kongreßprogramm und Hinweise auf (leider) selbst zu organisierende Unterkünfte werden zugeschickt.

Rückfrage: Donnerstag und Freitag 16-18.30 Uhr, Tel.-Nr.: 069/7982543

Veranstalterin: Schwerpunkt Frauenforschung im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften in Zusammenarbeit mit der Universität Frankfurt und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung.

Das Bundestreffen der Jurastudentinnen, Praktikantinnen und Referendarinnen zur Gen- und Reprotechnik (und sonstigen aktuellen Themen)

findet statt am

10. - 12. November 1989

in der Frauenbildungsstätte Edertal
Königsbergstraße 6, 3593 Edertal-Anrapp

Kosten: ca. 60,- DM incl. Verpflegung

Anmeldungen (bitte bis Mitte Oktober 89) beim:

PR für Referendarinnen am Hans. OLG –
z.Hd. Susanne Gerken, Karl-Muck-Platz 1,
2000 Hamburg 36, Tel.: 040/3497-3262
(priv. Tel.: 040/4911702)

Schwangerschaftsvertretung

Ab Oktober 1989 suchen wir eine Rechtsanwältin als Schwangerschaftsvertretung für überwiegend familienrechtliches Dezernat in Köln.

Claudia Marquardt und 2 männliche Sozien
Tel. 0221-318084